

Postulat

von Roger Liebi (SVP)
und Martin Burger (SVP)

GR Nr. 2005/ 424

Der Stadtrat wird gebeten, einen spätestens ab dem 1.1.2008 umzusetzenden Massnahmenplan unter dem Motto „Zürich ist für KMU-Betriebe überdurchschnittlich attraktiv“ auszu-
arbeiten.

Der Massnahmenplan enthält insbesondere konkrete Schritte betreffend:

- Abbau von Gebühren jeglicher Art wie z. B. Abfall- und Abwassergebühren, Bearbeitungsgebühren, Gebühren für Bewilligungen (insbesondere bei Bau- und Umbaugesuchen)
- Verkürzung und Vereinfachung von Baubewilligungen
- Reduktion der Regulierungen, z.B. im Baubereich durch Verzicht auf Höchststandards
- Reduktion des Steuerfusses
- Liberalere Bewilligungspraxis für Parkplätze mit dem Ziel, dass jeder Gewerbebetrieb in unmittelbarer Nähe Kundenparkplätze und Möglichkeiten zum Güterumschlag anbieten kann
- Bereitstellung von genügend bzw. genügend grossen Gewerberäumlichkeiten, namentlich für verarbeitendes Gewerbe, durch Flexibilisierung der Wohnquoten
- Submissionen, welche insbesondere auch auf die Bedürfnisse der stadtzürcher KMU's Rücksicht nimmt.
- Abgestufte Entlastung für KMU's, welche Lehrlinge ausbilden. Die Abstufung soll Kleinst- und Kleinbetriebe besonders begünstigen. Insbesondere sind Steuerreduktionen und/oder Reduktion von Regulierungen bei der Lehrlingsausbildung zu berücksichtigen.

Begründung:

Ca. 80% aller Arbeitsplätze in der Stadt Zürich werden von KMU's bereitgestellt. Hinsichtlich Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen wird damit klar, dass den KMU's überdurchschnittlich grosse Bedeutung zukommt.

Trotzdem konzentriert sich die Zürcher Stadtregierung in ihrer Wirtschaftsförderung v.a. auf Grossunternehmen, was durch eine Anzahl von Publikationen unterstrichen wird.

Unterstrichen wird die Vernachlässigung der KMU's durch den wiederholten Abbau von Parkplätzen, durch Aussagen des Gewerbes in jüngsten Umfragen aber nicht zuletzt auch durch eindeutige statistische Daten. So zogen seit 1997 netto 1270 Firmen aus der Stadt Zürich, brutto waren es sogar sage und schreibe 4269. Geht man davon aus, dass jeder abgewanderte Betrieb nur 1 Mitarbeiter beschäftigte, würde die aktuelle Arbeitslosenzahl um bereits 50% gesenkt!

Antrag auf Behandlung mit dem Budget 2006